

## Editorial

Die Kommunistische Internationale als Schwerpunktthema der Zeitschrift des Forschungsbundes SED-Staat? Als die Komintern 1943 aufgelöst wurde, existierte der SED-Staat noch nicht. Die deutschen Kommunisten aber, die ihn unter dem Schutz der Sowjetunion aus dem Boden stampften, verdanken ihre politische Sozialisation der Komintern. Bevor sie von Stalin aus Opportunitätsgründen formal aufgelöst und in den Leitungsapparat der KPdSU integriert wurde, waren in der Kommandozentrale der Weltrevolution schon längst die entscheidenden Weichenstellungen zur Durchsetzung der absoluten sowjetischen Dominanz vollzogen. Für die Mehrzahl der kommunistischen Parteien blieben auch noch Jahrzehnte nach dem stillen Ende der Komintern die Ordnungsvorstellungen dieser größten totalitären Kampforganisation des Zwanzigsten Jahrhunderts ein eisernes Gesetz ihres Handelns und vor allem die verbindliche Grundlage aller Kadererziehung.

Am Anfang dieses Heftes steht Otto Wenzels Beitrag zum „deutschen Oktober“, der zugleich ein Ende markiert: 20 Jahre vor ihrer Auflösung und nur vier Jahre nach Gründung der Komintern zerplatzen in diesem „deutschen Oktober“ die Illusionen der russischen Parteiführer, von Deutschland aus Europa und die Welt revolutionieren zu können. Wenzel belegt auf der Basis seiner Dissertation aus dem Jahr 1955, die damals auf Druck von Ruth Fischer nicht veröffentlicht wurde sowie auf der Grundlage nunmehr zugänglichen Quellenmaterials, wie die deutsche „Oktoberrevolution“ im Alleingang von Moskau ausgearbeitet worden war und die deutschen Kommunistenführer nur informiert wurden.

Mit Peter Erlers Beitrag wird der Blick bereits auf die letzten Jahre der Komintern gelenkt. Sein Aufsatz über die deutschen Emigranten an der Kominternschule in Puschkino und Kuschnarenko läßt jedoch auch deutlich werden, daß mit der formalen Auflösung der Komintern nicht automatisch der „Drang nach Westen“ abebbte. Die in Konspiration geschulten Kader zum Revolutionsexport agierten vielmehr während des 2. Weltkrieges und auch danach in militärischen, nachrichtendienstlichen und anderen sicherheitspolitischen Apparaten weiter als Ordnungsfunktionäre im Geiste der Komintern.

Bernd Rabehl zeigt am Beispiel Franz Borkenaus, daß die Bereitschaft der Bolschewiki zur rücksichtslosen Ausübung von Macht und Instrumentalisierung von Terror in den zwanziger Jahren innermarxistisch durchaus kontrovers diskutiert wurden. Borkenau versuchte damals, den historischen Materialismus produktiv auf neue Fragestellungen anzuwenden. Er wurde schließlich einer der einflußreichsten „Renegaten“ des Kommunismus.

Den „Renegaten“ gilt das Interesse von Michael Rohrwasser. Sein Beitrag würdigt sie als wichtige Anreger und Materialgeber für das Verständnis von sowjetischer und nationalsozialistischer Diktatur als Formen totalitärer Herrschaft. Auch das Wort vom Kommunismus als „roten Faschismus“, das jüngst in Zusammenhang mit dem Berliner Wahlkampf wieder ins Spiel gebracht wurde, geht auf einen prominenten Renegaten zurück.

Schließlich erinnert Michael Kubina mit seinem Beitrag an das Schicksal jener kleinen Gruppe von dezidiert antibolschewistischen deutschen Kommunisten um die heute fast vergessene Kommunistische Arbeiter Partei Deutschlands. Sie widersetzten sich von Anfang an dem Führungsanspruch der Bolschewiki in der kommunistischen Bewegung. Ihr Beharren auf dem Wert der Freiheit und des Individuums führte nicht wenige von Ihnen in die Lager von Hitler, Stalin und Ulbricht.

Auch einige Diskussionsbeiträge nehmen Bezug auf das Komintern-Thema, so die von Peter Erler und Jochen Staadt und von Gerhard Wettig. Weitere Beiträge widmen sich anderen Themen: Achim Saube – passend zum Preußenjahr - dem Wandel des SED-Geschichtsbildes in den 80er Jahren und der damit verbundenen Rückkehr Friedrichs des Großen unter die Linden. Steffen Alisch geht einem anderen Berliner Kuriosum auf den Grund, der S-Bahn und ihrer Geschichte in der geteilten Stadt.

Relativ breiter Raum wurde der Dokumentation von Wortmeldungen in Zusammenhang mit den Kontroversen um das Stasi-Unterlagengesetz – ausgelöst durch den Fall „Kohl“ - gegeben, da diese juristische Auseinandersetzung weitreichende Folgen für die zeitgeschichtliche Forschung haben könnte. Tomasz Mianowicz exemplifiziert an einem konkreten Fall aus seiner Heimat Polen, welche Konsequenzen geschlossene Archive für die historisch-politische Auseinandersetzung haben.

Als Schwerpunkt der nächsten ZdF-Ausgabe ist (wie schon in Heft 3/97) die SED-Kulturpolitik vorgesehen. Dabei wird auch auf den Streit um Willi Sitte und seine Rolle als Kunstfunktionär zurückzukommen sein. Schließlich haben in der öffentlichen Kontroverse um die abgesagte Nürnberger Sitte-Ausstellung auch Untersuchungsergebnisse des Forschungsverbundes SED-Staat eine Rolle gespielt. Fortgeführt wird in der nächsten Ausgabe das Thema Komintern. Die dazu vorliegenden Beiträge haben nämlich den Rahmen dieses Heftes gesprengt.

*i.A. Michael Kubina*